

esse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse -
 sse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse -
 se - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse -
 e - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse -
 - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse -
 nteresse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse -
 teresse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse -
 eresse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse -

INTERESSE

2014/3

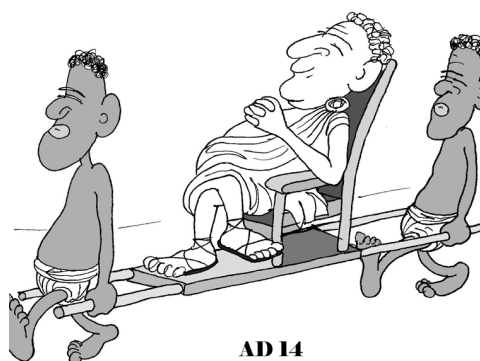
Soziale Information Nr. 3

Herausgegeben vom
 Sozialreferat der Diözese Linz

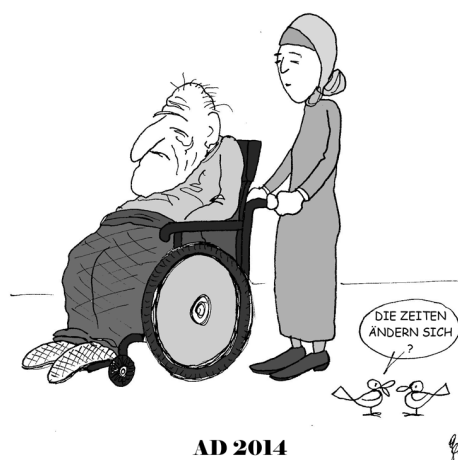
Who cares? – Aspekte der Sorgearbeit

Von der Sorge- bzw. Pflegearbeit heißt es, dass sie jeder machen könne. Präziser sind zumeist Frauen gemeint, weil ihnen das dafür notwendige „natürliche“ Arbeitsvermögen zugeschrieben wird, wie Geduld, Empathie, Harmoniebedürfnis und Belastbarkeit. Als gut gilt Sorgearbeit dann, wenn sie ohne Ansprüche im Verborgenen geschieht und die Arbeit und Arbeitsfähigkeit der „wahrhaft“ produktiv Tätigen ermöglicht, indem für jene Menschen gesorgt wird, welche die Produktivität irritieren, wie Kinder, kranke, alte, arbeitslose oder beeinträchtigte Menschen. Die diesbezügliche Produktivität von privaten Haushalten kann am Wert bzw. den privaten Kosten für die Pflege und Betreuung älterer Angehörige abgelesen werden, der auf zwei bis drei Milliarden Euro pro Jahr eingeschätzt wird. Diese Betreuungsleistungen könnten zurzeit aus staatlicher Sicht weder in budgetärer noch in personeller Hinsicht erbracht werden. Trotz ihrer hohen gesellschaftlichen Bedeutung wird Sorgearbeit jedoch laufend trivialisiert, gesellschaftspolitisch abgewertet und bleibt in der Sphäre des Unsichtbaren.

Unterschiedliche Entwicklungen führen dazu, dass das Potenzial an notwendiger Sorgearbeit abnimmt. Die Verknappung dieser Leistungen hat nicht etwa zu einer gesteigerten Anerkennung der ErbringerInnen geführt und auch nicht zu einer Neuverteilung innerhalb der Geschlechter. Vielmehr findet die Umverteilung zwischen Frauen statt, nämlich in Richtung jener Frauen, die ökonomisch kaum eine andere Wahl haben, wie beispiels-



AD 14



AD 2014

weise Migrantinnen. Exemplarisch soll im Folgenden die Sorgepraxis der 24-Stunden-Betreuung beleuchtet werden.

Schwinden des „Töchterpotenzials“ und Lösungsversuche

Der Großteil der alten, hilfebedürftigen Menschen wird zu Hause von den Ehefrauen, Töchtern oder Schwiegertöchtern gepflegt und betreut. Das „Töchterpotenzial“ ist immer weniger verfügbar, aber nicht wegen des „Generationenkonflikts“. Die Gründe dafür liegen in neuen Lebens- und Arbeitsrealitäten: So haben sich die Haushalts- und Familienstrukturen

verändert, in der Erwerbssphäre gilt die neue Norm der Zwei-Verdiener-Familie. Die Arbeitswelt ist zusehends durch Entstandardisierung, Flexibilisierung von Arbeitszeiten sowie hohe Mobilitätsanforderungen gekennzeichnet. Auch Pflegebedarf und -aufwand von zu Hause lebenden alten Menschen haben sich in den letzten Jahrzehnten beträchtlich erhöht, nicht zuletzt durch die Zunahme von Demenzerkrankungen. Da die von der Öffentlichkeit bereitgestellten Dienste aufgrund von Budgetrestriktionen sehr knapp gehalten und nicht so flexibel wie notwendig waren, deckte ein Schwarzmarkt von Pflegekräften die dadurch entstehenden Betreuungslücken ab, vorwiegend mit PendlermigrantInnen aus den osteuropäischen Nachbarländern. Diese irregulären Arbeitsverhältnisse wurden inoffiziell toleriert, indem Verstöße selten geahndet wurden. Offiziell bekämpft wurde dagegen die damit einhergegangene undokumentierte Migration. Durch die Skandalisierung der Thematik während der Nationalratswahl im Jahr 2006 konnte die praktizierte Laissez-faire-Politik nicht mehr länger aufrechterhalten werden. Zwischen 2006 und 2008 erfolgte ein Prozess der sukzessiven Legalisierung der 24-Stunden-Pflege.

Heute besteht bundesweit eine Regelung, wobei im Großen und Ganzen die zuvor herrschende nicht gesetzeskonforme Praxis legalisiert wurde. Die Betreuungsperson kann nun von einer Privatperson oder einer Trägerorganisation nach dem Hausbetreuungsgesetz angestellt werden. Sonderbestimmungen machen eine perma-

Fortsetzung Seite 2

nente Anwesenheit der Betreuungskraft zulässig. Die zweite, häufigere Möglichkeit ist die selbstständige Ausübung in Form eines neu geschaffenen Personenbetreuungsgewerbes. Organisiert wird die 24-Stunden-Pflege zumeist so, dass sich zwei PersonenbetreuerInnen in einem Intervall von zwei bis drei Wochen abwechseln. Während ihrer Arbeit wohnen sie im Haushalt der pflegebedürftigen Person(en) und übernehmen die anfallenden Betreuungs-, Pflege- und Haushaltstätigkeiten. Die NutzerInnen zahlen dafür einen Tagsatz zwischen 40 und 60 Euro. Für die Finanzierung der 24-Stunden-Betreuung wurde eigens eine Förderung geschaffen. Anhand der eingereichten Ansuchen lässt sich feststellen, dass sich die Nachfrage bis dato dynamisch entwickelt. Oberösterreich hatte 2012 mit 2.836 Förderfällen nach Niederösterreich die zweithöchste Zahl zu verzeichnen.

Die Familien profitieren von der Rechtssicherheit. Durch die staatlichen Förderungen haben sich die Kosten für die NutzerInnen nicht verteuert. Die Frauen aus den wirtschaftlich ärmeren Ländern bekommen eine Chance eines im Vergleich höheren Einkommens. Der Staat kann das Bild der häuslichen Pflege aufrechterhalten, und die Versenderstaaten profitieren von der Pendlermigration durch eine Entschärfung ihrer wirtschaftlichen Probleme. Auf den ersten Blick scheint damit alles in Ordnung zu sein. Sieht man genauer hin, so erweist sich dieses Arrangement auf individueller Ebene für die PendlermigrantInnen und auf sozialpolitischer Ebene mehr als zweischneidig, zumindest aus der Perspektive einer nachhaltigen Gesellschaftsentwicklung und der sozialen Gerechtigkeit.

Chance für MigrantInnen?

Für jene Frauen, welche die durchgehende Betreuung leisten, wurde ebenfalls Rechtssicherheit geschaffen. Dadurch haben sie mehr Chancen, der schlechten Arbeitsmarktsituation in ihren Herkunftsländern zu entgehen und ihren Lebensstandard zu verbes-

sern. Dies geht in der Regel mit großen Entbehrungen und Belastungen einher. Neben der Trennung von der eigenen Familie nehmen die MigrantInnen häufig einen Statusverlust in Kauf. Wie eine von der Oö. Landesregierung 2013 durchgeführte Studie zeigt, verfügen drei Viertel aller in Oberösterreich tätigen PersonenbetreuerInnen über eine Matura, 11 % sogar über einen Hochschulabschluss. In Ermangelung anderer Beschäftigungsoptionen ergreifen viele Frauen die Möglichkeit der 24-Stunden-Betreuung, wohl wissend, dass es sich dabei um eine Arbeit mit wenig Prestige handelt, die noch dazu oftmals überfordernd, sozial isolierend, schlecht bezahlt und offen für Missbrauch ist. Daran hat auch die Regulierung nichts verändert. Durch die Legalisierung ihres Status und die Einbindung in das Sozialversicherungssystem sind die angemeldeten PersonenbetreuerInnen immerhin pensionsversichert. Arbeitsrechtlichen Schutz genießen sie als Gewerbetreibende aber nicht. In dieser prekären Situation stehen die PersonenbetreuerInnen unter starkem Druck, auch sehr schlechte Arbeitsbedingungen zu akzeptieren, und sind in hohem Maße von den Vermittlungsagenturen sowie von privaten Netzwerken abhängig.

Gesellschaftliche Dimension der praktizierten Legalisierungspolitik

Den NutzerInnen der 24-Stunden-Betreuung sollte ermöglicht werden, die gängige Praxis fortzusetzen. Die Arbeitsbedingungen derjenigen, die Sorgearbeit leisten, wurden nicht verbessert. Dies ist kein sehr ermutigendes Signal in Richtung der professionell geleisteten Pflege und Betreuung.

Die migrantischen Sorgeketten ziehen sich von den ärmeren in die reicheren Ländern und erzeugen einen sogenannten „Braindrain“. Damit ist gemeint, dass das Wissen kostenintensiv ausgebildeter Kräfte im Herkunftsland fehlt, während ein anderes Land, in unserem Fall Österreich, davon profitiert, ohne zur Ausbildung beigetragen zu haben. Dem steht ein

„Brainwaste“ entgegen, was bedeutet, dass die MigrantInnen nicht ihrem Ausbildungsstatus gemäß eingesetzt werden, ihre zu Hause erworbenen Schlüsselqualifikationen wie soziale Kompetenz, Frustrationstoleranz und Zuverlässigkeit aber durchaus genutzt werden. Diese Praxis ist auch wegen der drohenden Verknappung des professionellen Arbeitskräfteangebots bedenklich. Angesichts des sinkenden Potenzials an Angehörigenpflege ist es ebenso fragwürdig, ein relativ großes Arbeitskräftepotenzial in einer exklusiven Eins-zu-eins-Betreuung zu binden. Denn auch wenn sich die Nachfrage nach dieser Betreuungsform dynamisch entwickelt, so bleibt der Nutzen nur den wenigen Personen vorbehalten, die über die dafür notwendigen finanziellen Ressourcen verfügen. Letztendlich ist die 24-Stunden-Betreuung ein hochaktuelles Beispiel für eine fortschreitende Individualisierung des Risikos der Pflegebedürftigkeit und der Betreuungsverpflichtungen, und dies wirkt sich nachgewiesenermaßen ebenfalls ungleichheitsgenerierend und -verschärfend aus.

Gerechte Sorgeskultur – ein weiter Weg

Am Beispiel der 24-Stunden-Betreuung ist zu sehen, dass eine gerechte Verteilung der Sorgearbeit noch in weiter Ferne liegt. Dabei es geht um Fragen der tatsächlichen Bereitschaft zur Solidarität gegenüber den Sorgebedürftigen und jenen, die beruflich oder privat Sorgearbeit leisten, und damit um Fragen der Umverteilung von Macht und von finanziellen Mitteln. Auch geht es um politisches Engagement für „sorgesensible“ Lebens- und Arbeitsformen, in denen eine gerechte Verteilung von Sorgearbeit innerhalb der Familien realisierbar ist, und um faire Arbeitsbedingungen und soziale Sicherungen für jene, die Sorgearbeit beruflich erbringen – eine inter- und transnationale Aufgabe.

Dr.ⁱⁿ Doris Pfabigan, *UMIT Wien, Institut für Pflege- und Versorgungsforschung*; www.umat.at

Abgründe der Freiheit

Uns Menschen, die ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit führen wollen, ist es seltsam ergangen – und als diese „Freigelassenen“ befinden wir uns heute in einer tiefen Verlegenheit.

Aus Ur-Anfängen unserer Kultur taucht das Bild des Prometheus auf. Er stahl vom Olymp das Feuer und brachte es den Menschen. Dafür wurde er an den Kaukasus geschmiedet und von einem Adler anhaltend gequält. So ist er zum Märtyrer der Aufklärung geworden, die nach Kant zum Gang aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit dann werden kann, wenn wir uns mutig entschließen sollten, den eigenen Verstand zu gebrauchen. Wie ist es uns aber ergangen, nachdem der König enthauptet, die Priester verjagt, Schranken, Grenzen und gesellschaftliche Tabus gebrochen und Gott für tot erklärt worden war?

Segen und Fluch des Umbruchs

Die Proklamation der Menschenrechte im Zeichen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit fegte das alte Regime 1789 hinweg. Doch bald fraß, wie auch später, die Revolution ihre Kinder und auch andere. Recht kommt aus den Gewehrläufen und der revolutionäre Terror legitimierte seinen Willen, eine neue Gesellschaft und einen neuen Menschen im Kult der Vernunft zu schaffen, eben mit dieser Vernunft. Wo gehobelt wird, fallen Späne! Die napoleonische Militärdiktatur überwand den innerrevolutionären Furor, überzog aber Europa mit Kriegen, die erst durch Selbsterschöpfung zu Ende gingen. Dem in dieser Zeit entstandenen Nationalismus wurde im 20. Jahrhundert zweimal fast ganz Europa geopfert. Abgründe an Opfern!

Napoleon aber war nicht allein General und selbstgekrönter Kaiser. Er entwickelte jenes Gesetzbuch („code civile“), das zur Basis des bürgerlichen Bewusstseins wurde und den Rahmen für die aktuellen demokratischen und emanzipatorischen Entwicklungen bildet. Freiheit ist das Signal der Zeit. Als ökonomische Befreiung von den Ein-

schränkungen durch Zünfte, Zölle und Regulierungen ist sie der Motor unserer spätkapitalistischen Weltgesellschaft geworden. Diesen freien Markt trägt der Glaube, dass eine unsichtbare Zauberkraft für alle alles zum Besseren, ja Besten wenden würde. Daher keine Intervention, keine Unterbrechung: Deregulierung. Doch wenn alle Regeln fallen, erwacht jene Gier, die in ihrer Dynamik die gesamte Welt fressen könnte, ohne satt zu werden. Weil der freie Markt im Geld seinen Gott erfindet und Geld „unendlich“ anhäufbar ist, wird eine Dynamik entfesselt, durch die uns vorgegaukelt wird, dass in einer endlichen Welt unendliches Wachstum an Geld und Gütern möglich wäre.

Das Gegengift des „Kommunismus“, das den Glauben an den Staat und die Macht des Proletariats kultivierte, konnte zwar linke Alternativen inspirieren, taumelte letztlich jedoch in einen gigantischen Totentanz. Wie viele Opfer darf die neue Gesellschaft kosten? Sind angesichts dieser Abgründe Gerechtigkeit und Freiheit überhaupt vermittelbar?

Wenn sich der Mensch von allen Bindungen lossagt, fällt er seiner eigenen Begierde und offenen Dynamik des „Immer-Mehr“ zum Opfer. Wir können diese „Logik unserer schlechten Unendlichkeit“ auch im Umgang mit der Enttabuisierung der Sexualität erkennen. Zuerst ist die sexuelle Revolution als Befreiung aus Rollen, Zwängen und Ängsten ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Emanzipation. Die Möglichkeit, Geburten regulieren zu können, öffnet dafür die Tür. Weiters wurde es rechtlich möglich, die eigene sexuelle Neigung frei auch öffentlich leben zu können. „Keine Diskriminierung!“ ist die Fanfare der derzeitigen gesellschaftlichen Entwicklung. Auf der anderen Seite aber führen die völlige Enttabuisierung der Sexualität und die technische Kontrolle der Empfängnis zu einer bis heute kaum wahrgenommenen sexuellen Ausbeutung und Pornographie-Industrie, deren Auswüchse im Internet nur zu ahnen sind.

Es ist wichtig, dass das Bewusstsein von Scham und Diskretion wächst und der Missbrauch kompromisslos geächtet wird. Abgründe völliger Enthemmung!

Was hält uns in der Freiheit?

Wie ist es uns also ergangen? In der „Fröhlichen Wissenschaft“ erzählt Nietzsche die Geschichte vom tollen Menschen (Fragment 125). Der tolle Mensch weiß, dass der Tod Gottes alle unsere Horizonte wegwischen wird. Wir neue Menschen sind in jene Freiheit entlassen, die kein Oben und Unten mehr kennt. Jetzt erst sind wir auf offener See. Was gibt uns Halt, wenn das offene Meer uns von allen Seiten umfließt und nirgendwo Stern, Sonne und Horizont zu bemerken sind? Dann trägt uns der Wille zur Macht, der sich immer als Tötungsmacht erweist. Töten können, als letzter Vollzug, in dem wir uns in unserer Freiheit und Identität erfahren? Gewalt ist geil? Abgründe der Unbehaustheit!

Wer sind wir „Nanosekunden-nichtse“, die verloren im immer noch expandierenden Universum taumeln, wenn uns niemand anspricht und niemand anschaut? Vom Ursprung und Ziel unserer Existenz her öffnen sich Abgründe, die nach Unendlichkeit, Ewigkeit und vollem Leben dürsten. Da wir uns aber nie diese letzte Erfüllung geben können, erwachsen aus dem scheinbaren Nichts unserer Abkunft Angst und Sorge, die sich oftmals als Gewalt gegen die anonyme oder reale Bedrohung unseres Lebens richten. Anerkennung, Vertrauen, Vergebung und Liebe sind wie das Leben selbst keine Monologe. Wir wollen uns mit Macht nehmen, was wir nur als Gabe empfangen können. Wer aber schenkt sich uns so, dass wir uns selbst und die Nächsten annehmen können?

Univ.-Prof. Dr. Roman A. Siebenrock
Universität Innsbruck, Institut für Systematische Theologie

Der schwedische Sozialstaat heute

Eine Woche vor Midsommer reiste das Sozialreferat der Diözese Linz mit dem Reiseveranstalter Weltanschauen nach Stockholm, um sich vor Ort ein Bild vom schwedischen Sozialstaat zu machen. Auf dem Weg machten wir für 24 Stunden Zwischenstopp in Kopenhagen, der „Radfahr-Hauptstadt“ Europas, wo mehr als die Hälfte der Bevölkerung mit dem Rad zur Arbeit und in die Schule fahren. Auch wir schwangen uns aufs Rad und entdeckten die Stadt aus einer anderen Perspektive. Hier müsste man noch viele österreichische VerkehrspolitikInnen herbringen!

Schulen und Bildung

Gesundheits-, Schul- und Sozialsystem wurden in Schweden lange Zeit alleine vom Staat organisiert und angeboten. Dieser Bereich wurde für den Markt geöffnet. Non-Profit und For-Profit-Unternehmen sind eingestiegen. Aber es scheint so, als wollten die SchwedInnen nicht wirklich die Idee des „vertraglichen“ Sozialstaates aufgeben und doch an dem über Jahre sehr erfolgreichem Modell festhalten. Neu ist zum Beispiel das sogenannte Schul-Shopping. In Schweden kaufen Anleger Schulen und betreiben sie, um Profit zu machen. Die Betreiber erhalten, wie alle anderen Schulen auch, die entsprechenden gleich hohen Steuermittel. Werden die Profiterwartungen nicht erfüllt, schließen die Investoren die Schule und der Staat muss unmittelbar einspringen, gilt doch die Schulpflicht. Dieses problematische Modell, das es sonst nur noch in Chile gibt, ist derzeit Wahlkampfthema. Interessant und positiv im Schulwesen ist das Noten- und Fördersystem. „Sitzen bleiben“ gibt es in Schweden nicht, und wenn jemand in einem Fach schwach ist (negativ), wird ein Team aus Lehrenden, Schulleitung, Eltern und SchülerInnen gebildet, das nach Verbesserungen, Intensivtraining und Lösungen sucht. Niemand käme auf die Idee, Englisch, Geschichte und Schwedisch ein Jahr zu wiederholen und die Klassengemeinschaft zu verlieren, nur weil es in Mathematik Probleme gibt.

Eine Abgeordnete der Sozialdemokraten, also eine Vertreterin der Opposition, führte uns durch den Reichstag und erläuterte die politische Situation und die vorrangigen Wahlkampfthemen, da im September gewählt wird. Eines der zentralen Themen dieser Partei sind die Nachteile der Liberalisierung des Wohlfahrtsstaates. Das schwedische Modell ist steuerfinanziert und beruht nicht auf einem Versicherungssystem wie bei uns. Vor der Öffnung der Wohlfahrt für den Markt und auch heute noch wurde der Sozialstaat – beginnend mit den 1920er Jahren – als gesamtgesellschaftliche Vereinbarung gesehen und gelebt – sozusagen ein Vertrag aller SchwedInnen miteinander. Staatliche Organisationen traten als alleinige Anbieter auf. Das hat grundsätzlich gut funktioniert und wird auch heute großteils noch erfolgreich so gemacht.

Die Gemeinden haben für die Wohlfahrt zu sorgen. Sie sind verpflichtet mit den zugeteilten Steuermitteln auszukommen und positiv zu bilanzieren. Seit den 90er Jahren setzte man auf Marktöffnung. Ein Ziel dabei ist, den BürgerInnen mehr Wahlfreiheit zu bieten. Non-Profit-Organisationen und profitorientierte Unternehmen stiegen in den „neuen“ Markt ein. For-Profit-orientierte Unternehmen betreiben Sozialeinrichtungen, Schulen oder Krankenhäuser nur so lange, bis sie mit Gewinn wieder verkauft werden können. Das geht am Ziel eines gesicherten Daseins vorbei. Das schlagartige Ende eines Angebotes stellt die zuständigen Behörden vor große Herausforderungen, denn diese müssen dann einspringen, wie es auch im ursprünglichen Modell war und dort erfolgreich praktiziert wurde. Beeindruckend ist das enorme Engagement zur Arbeitsintegration von Menschen mit Beeinträchtigungen. In Västerås stellte eine Mitarbeiterin der Stadtgemeinde verschiedene Projekte vor. Zum Beispiel wird ein Schulungsprogramm für Jugendliche auf die Fähigkeiten und Bedürfnisse des oder der Einzelnen abgestimmt, damit sie in den

Arbeitsprozess einsteigen können. Die Stadtgemeinde hat sich verpflichtet, selbst die meisten dieser Jugendlichen aufzunehmen.

Neue Aufgaben für die Kirche

Non-Profit-Organisationen haben erst eine kurze Geschichte und machen auch nur einen sehr geringen Teil des Sozialstaates aus. Diese teilweise kleinen und auch sehr wenigen Organisationen im Vergleich zu Österreich haben nun eine Dachorganisation gebildet, um besser mit den staatlichen Stellen verhandeln zu können. 80 % der Leistungen im Sozial- und Gesundheitswesen werden direkt von staatlichen Einrichtungen erbracht, 15 % von NGOs und 5 % von profitorientierten Unternehmen. Auch die Schwedische Kirche hatte lange Zeit keine Sozialeinrichtungen. In Västerås wurde uns von Kirchenvertreterinnen die „Palette“ vorgestellt. In dem von einem gemeinnützigen Bauunternehmen errichteten Gebäude gibt es Angebote für Jung und Alt von verschiedensten Trägerorganisationen. Auch die Schwedische Kirche hat sich dort eingemietet. Es gibt eine kleine Kapelle, und im Eingangsbereich wird ein Café mit moderaten Preisen von der Kirche betrieben. Dieses hat sich wunschgemäß inzwischen zu einem beliebten Treffpunkt und Begegnungsort entwickelt, denn in diesem Stadtteil leben Menschen aus verschiedensten Kulturen. Die Angebote sind auf die lokalen Bedürfnisse zugeschnitten und völlig neu für die Kirche. Wie die Diakonin betonte, gehörte das bisher nicht zum kirchlichen Aufgabenfeld. In einem anderen Projekt in Västerås, der Stadtmission, werden Obdachlose und Flüchtlinge betreut. Wobei die Zuständigkeit und die zur Verfügung gestellten Steuermittel eigentlich nur für die Obdachlosen gedacht sind. Recht auf Sozialleistungen haben alle SchwedInnen und Menschen, die in Schweden arbeiten bzw. gearbeitet haben. Ein Sozialarbeiter der Stadtmission berichtete, dass es immer mehr Obdachlose gibt. Die Zahl der Schlafplätze steht aber in keinem Verhält-

nis zum Bedarf. Nachts gibt es kaum welche und tagsüber können sich auch nur wenige Obdachlose in Räumen der Stadtmission ausruhen.

Menschen, die aus anderen Ländern nach Schweden kommen, unter ihnen viele Rumänen und Rumäninnen, haben keinen Anspruch, dort unterzukommen. Sie nächtigen oft in Autos und versuchen durch Betteln – ein, wie uns die befragten SchwedInnen versicherten, völlig neues Phänomen – ihr Auskommen zu finden. Sie haben oft keine andere Wahl. Denn in der Hoffnung, das nötige Geld für ein besseres Leben zu erwirtschaften, haben sie sich verschuldet, um überhaupt nach Schweden zu kommen. Da die Arbeitslosenrate bei 8 % liegt, haben ungelernte Arbeitskräfte kaum eine Chance. Gesucht sind FacharbeiterInnen, die auch aktiv – zum Beispiel in Portugal – angeworben werden.

Ein weiteres in Österreich viel diskutiertes Thema wurde angesprochen: die Pflege älterer Menschen. Das Bestreben in Schweden ist auch, dass

sie möglichst lange selbstständig leben können. Werden sie zu Hause gepflegt, bieten viele verschiedene Unternehmen – bis zu 90 – die benötigten Leistungen an. Es gibt jedoch keine gesicherten Vergleichsmöglichkeiten zwischen den unterschiedlichen Anbietern, was die Entscheidung nicht gerade leicht macht. Diese Änderung führt auch dazu, dass nicht mehr alle die gleiche Leistung erhalten, sondern dass die Qualität der Versorgung zunehmend mehr von den eigenen finanziellen Möglichkeiten abhängt.

Wohin geht Schweden?

Orientieren sich unsere Sozialleistungen stark an Familienstrukturen, so war das schwedische Modell auf den oder die Einzelne ausgerichtet. Es gab und gibt auch weitgehend immer noch den Grundkonsens über Solidarität. Mit dem Wandel im System wird das über lange Jahre gewachsene Vertrauen, dass der Staat mit den eingehobenen Steuermitteln für ein gesichertes Leben sorgt, ausgehöhlt. Die Befürchtung ist, dass es dann auch in Schweden

zu sozialen Unruhen kommen könnte. Aber die negativen Erfahrungen mit den profitorientierten Unternehmen, die bisher 4 bis 5 % der Leistungen anbieten, lassen bereits Zweifel an dem neuen Weg aufkommen.

Wir haben nicht nur die Tiefen und Untiefen des Sozialstaates ausgelotet, sondern auch das kulturelle Angebot in Schweden genützt. Die „Vasa“, ein im 17. Jahrhundert schon beim Auslaufen gesunkenes Kriegsschiff, wurde im letzten Jahrhundert beinahe vollständig wieder gehoben und ist nun in einem Museum zu besichtigen. Und natürlich haben wir auch Midsommer gefeiert, eines der größten alljährlichen Feste. Auf der Zugfahrt zurück nach Linz war Zeit, die Eindrücke zu diskutieren, den Schlaf nachzuholen und sich auf der Fähre, auf die der Zug auffährt, den Wind um die Ohren brausen zu lassen, denn die Tage sind wirklich lang und wir haben das genossen.

Mag.^a Lucia Göbesberger,
Sozialreferat der Diözese Linz

7. Internationale Woche des Grundeinkommens

15. bis 21. September 2014

Straßenaktion in der Woche des „Bedingungslosen Grundeinkommens“: Was ist es und wie ließe es sich umsetzen?

Ort: 4400 Steyr, Grünmarkt 1, vor der Marienkirche ; **Zeit:** Do, 18. Sep. 2014, 9 bis 12 Uhr

Kooperation: Treffpunkt mensch & arbeit, ATTAC, ÖGB Funktionsforum Bildung Steyr, Nets, Treffpunkt Dominikanerhaus
Österreich-Termine: www.grundeinkommen.at

Sozialwort 10+

2. Dialogveranstaltung

Fr., 10. Oktober 2014, 14 bis 19 Uhr

4600 Wels, Martin-Luther-Platz 1, Cordatushaus

Vor welchen sozialen und gesellschaftlichen Herausforderungen stehen wir mit dem Blick auf die nächsten Jahre? Gemeinsam mit VertreterInnen der Zivilgesellschaft, mit Anders-Gläubigen und Anders-Denkenden wird darüber der Dialog gesucht.

Beim „Projekt sozialwort 10+“ des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich geht es um einen ergebnisoffenen Prozess, mit dessen Hilfe die Weichen für das gemeinsame soziale Engagement der christlichen Kirchen in Österreich für die nächsten Jahre gestellt werden sollen.

Info/Anmeldung/Programm: sozialwort@ksoe.at, ☎ (01) 310 51 59-82
Projekt-Informationen, Ergebnisse bisheriger Sozialwort-Lesekreise und der 1. Dialogveranstaltung in Innsbruck: <http://sozialwortzehnplus.org>

**Agrarpolitischer Grundkurs
der ÖBV-Via Campesina Austria
für alle, die in der Landwirtschaft
tätig sind**

November 2014 bis April 2015

(ein zweitägiger Block pro Monat)
in verschiedenen Bildungshäusern
in Zentralösterreich

Infos: www.viacampesina.at
– unter „Termine“

Nachfragen und Voranmeldung:
office@viacampesina.at,
☎ (01) 892 94 00

Braucht Demokratie Religion?

Die Kräfte der Tradition und der Einfluss der Kirche sind schwächer geworden, ein christliches Milieu, das das alltägliche Leben umfassend prägt, gibt es kaum noch oder gar nicht mehr. Trotzdem ist es falsch zu sagen, wir lebten in einer säkularen Gesellschaft. Richtiger ist: Wir leben in einer pluralistischen Gesellschaft voller sozialer, kultureller, weltanschaulicher Widersprüche und Divergenzen.

Für den Zusammenhalt einer pluralistischen Demokratie, einer solch widersprüchlichen, vielfältigen Gesellschaft reicht offensichtlich nicht das allein aus, auf das ganz selbstverständlich zunächst hingewiesen werden kann und muss: die gemeinsame Sprache, die Anerkennung von Recht und Gesetz, der vielgerühmte und gewiss notwendige Verfassungspatriotismus. Auch nicht die Beziehungen, die die Gesellschaftsmitglieder über den Markt und Arbeitsprozesse miteinander eingehen, nämlich als Arbeitskräfte oder Konsumenten. Das sind die zwei Rollen, in denen der Markt uns Menschen überhaupt nur kennt. Auch das Beziehungsgeflecht, das wir über diese beiden Rollen erzeugen, reicht offensichtlich nicht aus, um den Zusammenhalt einer so widersprüchlichen Gesellschaft zu garantieren.

Über all dies Selbstverständliche und Notwendige hinaus bedarf es, so meine ich, grundlegender Gemeinsamkeiten und Übereinstimmungen in dem, was wir Maßstäbe, Normen oder „Werte“ nennen. Es bedarf tendenziell gemeinsamer Vorstellungen von der Freiheit und ihrer Kostbarkeit, vom Inhalt und Umfang von Gerechtigkeit, vom Wert und der Notwendigkeit von Solidarität, gemeinsamer oder wenigstens verwandter Vorstellungen von sinnvollem und

gutem Leben, von der Würde jedes Menschen, von der Integrität der Person, von Respekt und Toleranz und so weiter und so fort.

Dieses nicht-politische, sondern ethische Fundament gesellschaftlichen Zusammenhalts und gelingender Demokratie – das ist nicht ein für alle mal da, sondern es ist gefährdet, ist umstritten, kann erodieren. Es muss immer wieder neu erarbeitet werden, es muss weitergegeben, vitalisiert, vorgelebt, erneuert werden. Das ist der Sinn des so oft zitierten Satzes des ehemaligen Verfassungsrichters Ernst-Wolfgang Böckenförde: „Der freiheitliche, säkulare Staat lebt von Voraussetzungen, die er nicht selbst garantieren kann.“ Die Verantwortung für diese Voraussetzungen, für dieses ethische Fundament unseres Zusammenlebens

tragen wir alle, tragen insbesondere die kulturellen Kräfte einer Gesellschaft und darin eben in besonderer Weise Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften und also auch und gerade die christlichen Kirchen! Nicht sie allein in einer pluralistischen Gesellschaft, nicht die ChristInnen und die religiösen Menschen allein und selbstverständlich nicht so, dass die Kirchen noch autoritär daherkommen könnten. Sondern sie müssen sich in einer pluralistischen Gesellschaft als DialogpartnerInnen verstehen, sich in die Debatte, ja auch in den Streit einbringen.

Allerdings hört man oft, Religion solle man nicht funktionalistisch darauf reduzieren, der moralische Kitt einer Gesellschaft zu sein oder jedenfalls für ihn sorgen zu sollen, gewissermaßen als „Bundeswerteagentur“ zu fungieren (wie das polemisch-abwertend formuliert worden ist). Nun, darauf reduzieren gewiss nicht! Aber die Kirchen sollten sich dieser Aufgabe, also dem Dienst an der demokratischen Gesellschaft nicht einfach entziehen – um der Demokratie willen, aber vor allem um ihrer selbst willen. Denn christlicher Glaube – das gilt ja im Grunde auch für jüdischen und muslimischen Glauben – ist doch nicht bloßes Fürwahrhalten von Glaubenssätzen, sondern Aufruf zur Nachfolge, ist Einweisung in ein gutes, sinnvolles Leben, also in gemeinschaftliche Lebenspraxis. In einem fundamentalen, also nicht parteipolitischen Sinne ist Glaube also unweigerlich auch politisch. Wenn man Politik versteht als die gemeinsame Regelung der gemeinsamen Angelegenheiten.

Dr. Wolfgang Thierse
Bundestagspräsident a. D.

Ermutigung statt Angst

Politik und Kirchen zwischen
Vertrauen und Misstrauen

Symposium Stift St. Florian
Do., 30. Okt. 2014

13:30 bis 18:00 Uhr

Altomontesaal | Eintritt frei



ReferentInnen:

LH Dr. Josef Pühringer

Bundestagspräsident a. D. Dr. Wolfgang Thierse

Oberkirchenrätin Dr.ⁱⁿ Hannelore Rainer

Bischof Dr. Manfred Scheuer

BÜCHER

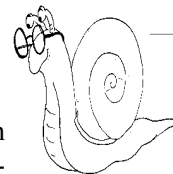
B. Aulenbacher/M. Dammayr (Hrsg.): Für sich und andere sorgen. Krise und Zukunft von Care in der modernen Gesellschaft. Beltz Juventa Verlag, Weinheim und Basel 2014, 256 Seiten. € 30.80

Die Armutskonferenz (Hrsg.): Was allen gehört. Commons – Neue Perspektiven in der Armutsbekämpfung. ÖGB-Verlag, Wien 2013, 299 Seiten. € 14,90

mehr wird, wenn wir es teilen“ sind Leitmotive der Commons-Bewegung. Natürliche, soziale und kulturelle Gemeingüter sind wesentliche Bestandteile von Umwelt und Gesellschaft. Commons verbinden Anliegen und Prinzipien der Selbstorganisation mit Ressourcenfragen. Dies kann durch verschiedene Projekte geschehen. Armutsbekämpfung kann durch Zusammenarbeit und Kooperation funktionieren. Die vier Prinzipien von Commons sind: Gebrauchen, Zusammenarbeiten, Teilen und Beitragen. Die Umsetzung der Projekte erfolgt in den Sektoren Geld (Finanzen), Öffentlicher Raum, Demokratie, Sozialwirtschaft (social business, solidarische Ökonomie) sowie Gesundheit und Ernährung. Commons versuchen neue Lösungen möglich zu machen.

G. Senft (Hrsg.): Friedenskrieger des Hinterlandes. Der Erste Weltkrieg und der zeitgenössische Antimilitarismus. Löcker Verlag, Wien 2014, 306 Seiten. € 29,80

Böses Haar



Als ich in mir nach einem Kolumnenthema stöberte, stieß ich auf folgendes Unbehagen: zeitgenössische Frisuren. Das ist jetzt vielleicht nicht der heißeste Brandherd. Aber erstens ist gerade Sommer. Zweitens kann man an den Haaren sehr wohl gesellschaftspolitisch Relevantes heranziehen, finde ich.

Neulich weigerte sich Andreas Gabalier bei der Eröffnung eines Autorennens, die Bundeshymne in ihrer neuen, gendergerechten Form zu singen. Noch viel mehr als die Wiederausbürgerung der Töchter aus der Heimat großer Söhne irritierte mich das Outfit des viel zu beliebten Schlagersängers. Er trug einen sehr strengen, braunen Steirer und diesen Hipster-Wehrmachtsschnitt, wie man ihn dieser Tage an so vielen Männerköpfen sieht. Diese rasierten Seiten, das pomadige Deckhaar: Bin ich die Einzige, die das politisch unzuverlässig anmutet? Was wollen uns obrige Mächte mit dieser Frisurdoktrin aufs Auge drücken? Patriotismus gegen Globalisierungsangst? Heimat statt Zukunft? Die Haare in Reih und Glied, soldatisch kurz und schneidig gestylt, scheinen mir sagen zu wollen: „Seht, ich habe mein Haupthaar unter Kontrolle! Hätten wir doch nur eine Führungspersönlichkeit, der Ähnliches mit uns, dem ängstlichen Volk, gelänge!“

Da liegt doch kein Segen drauf. Aber wir Damen werden dem wohl nicht viel entgegenzusetzen haben. Schauen Sie sich doch einmal einen x-beliebigen Schülerinnenschwarm an, die haben alle die Haare dermaßen schön und gefällig, dass von dieser Seite auch keine Revolution zu erwarten ist.

Naja. Ich kann mich täuschen. Mein Eigenhaar (verweht, zersträht, verwurschtelt) trage ich im Übrigen ganz bewusst so schiach. Es ist mein schläfengraues Statement gegen den Rechtsruck der Welt. Ich bin nämlich für antiautoritäre Haarerziehung.

Ihre Weinbergschnecke

resse - interesse - interesse - interesse - interesse
 sse - interesse - interesse - interesse - interesse
 se - interesse - interesse - interesse - interesse
 e - interesse - interesse - interesse - interesse

TERMINE

Reise nach Sarajevo – das „europäische Jerusalem“

Sa., 6. Sep. bis Mi., 10. Sep. 2014
 Pax Christi Österreich unternimmt eine Reise nach Sarajevo, die in Begegnungen Einblicke in unterschiedliche Kulturen und Religionen und deren Formen des Zusammenlebens gibt.
 Kosten: € 465,- pro Person im Doppelzimmer, StudentInnen € 295,-
 Nähere Infos und Anmeldung: office@paxchristi.at

Sozialstammtisch

Filmvorführung „Too big to tell“
 Mi., 17. Sep. 2014, 19 Uhr,
 Cardijn-Haus, Kapuzinerstraße 84
 4020 Linz

Sorge-Arbeit in der Krise

Von der Care-Krise zur Care-Gerechtigkeit: Befunde und Perspektiven
 Fr., 19. Sep. 2014, 16 bis 21 Uhr
 Arbeiterkammer St. Pölten, Gewerkschaftsplatz 2, 3100 St. Pölten
 ReferentInnen: Univ.-Prof.ⁱⁿ Erna Appelt, Doz.ⁱⁿ Barbara Fuchs, FH-Prof.ⁱⁿ Michaela Moser, Willibald Steinkellner, Dr.ⁱⁿ Sibylle Hamann, Dr.ⁱⁿ Heidemarie Lex-Nalis u.a.
 Info und Anmeldung: kfb.stpoelten@kirche.at, ☎ (02742) 324 22 72

Auf den Spuren des Geldes

Studienfahrt nach Wien
 Di., 23. Sep. 2014
 Referenten: Univ.-Doz. Dr. Gerhard Steger, ehem. Chef der Budgetsektion im Finanzministerium, Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny, Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank, Dr. Helmut Berg, Oikocredit Austria
 Abfahrt: Wels Hbf 7.15 Uhr, Linz 7.29 Uhr, Rückkehr: ca. 20 Uhr
 Kosten: € 65,- (Kursbeitrag und Fahrtkosten, ohne Verpflegung)
 Anmeldung: ☎ (0732) 76 10-32 51
 sozialreferat@dioezese-linz.at

2. Dialogveranstaltung

„sozialwort 10+“

Fr., 10. Okt. 2014, 14 bis 19 Uhr,
 4600 Wels, Martin-Luther-Platz 1,
 Cordatushaus
 Nähere Infos siehe Seite 5.

Grundausbildung in Soziokratie Die kreative Kraft der Selbstorganisation

Lehrgang in zwei Modulen von Sa., 11. Okt. 2014 bis Sa., 11. April 2015
 Leitung: Barbara Strauch, Leiterin Soziokratie-Zentrum Österreich, Wien;
 Begleitung: Michaela Pöllabauer, Soziokratische Beraterin i. A., Ried i. I.
 Termine Informationsabende:
 Bildungszentrum St. Franziskus, Ried:
 Fr., 10. Okt. 2014, 19.30 Uhr
 Treffpunkt Dominikanerhaus, Steyr:
 Mo., 27. Okt. 2014, 19.30 Uhr
 Details und Folder zum Download:
franziskushaus.at/das-bildungszentrum/aktuelles

Der Mensch im Handel erhältlich!

Auftaktveranstaltung der Initiative „Aktiv gegen Menschenhandel in OÖ“ in Kooperation mit SOLWODI
 Do., 23. Okt. 2014, 18.30 bis 21 Uhr,
 Ursulinenhof Linz, Kulturzentrum, OK-Platz 1;
 Zu Wort kommen: LH Dr. Josef Pühringer, DDr. Severin Renoldner
 Statements: Joana Adesuwa Reiterer, Verein Exit-Wien; Sr. Patricia Erber SDS, Obfrau von SOLWODI Österreich; Oberst Gerald Tatzgern, B.A. M.A., vom BMI zur Bekämpfung von Menschenhandel in Österreich; Sr. Anna Mayrhofer FMM, Leiterin SOLWODI-Schutzwohnung Wien

Moderation: Dr.ⁱⁿ Christine Haiden, Chefredakteurin bei „Welt der Frau“
 Anmeldung bis Di., 14. Okt. 2014:
maria.schlackl@salvatorianerinnen.at
 ☎ (0664) 936 95 12

Im Bann des Geldes.

Eine Anleitung zur Überwindung des Kapitalismus

Vortrag / Buchpräsentation
 Fr., 24. Okt. 2014, 19.30 Uhr, Bildungszentrum St. Franziskus, Ried i. I.
 Referent: Mag. Markus Pühringer,
 Kosten: € 7,- / Anmeldung erbeten:
franziskushaus@dioezese-linz.at
 ☎ (07752) 827 42

Alternativen zum „Immer-Mehr“

Workshop in Kooperation mit „Die Grünen Ried“ und „Wir gemeinsam“
 Sa., 25. Okt. 2014, 9 bis 13 Uhr, Bildungszentrum St. Franziskus, Ried i. I.
 Leitung: Mag. Markus Pühringer,
 Kosten: € 15,- bzw. € 20,- inkl. Vortrag am Freitag
 Anmeldung bis Fr., 17. Okt. 2014:
franziskushaus@dioezese-linz.at
 ☎ (07752) 827 42

Ermutigung statt Angst. Politik und Kirchen zwischen Vertrauen und Misstrauen

Do., 30. Okt. 2014, 13.30 bis 18 Uhr
 Stift St. Florian
 Nähere Infos siehe Seite 6

Aviso:

3. Dialogveranstaltung „sozialwort 10+“

Mi., 3. Dez. 2014, 14 bis 19 Uhr, Wien;
 Ort wird noch bekanntgegeben.
<http://sozialwortzehnplus.org>



Impressum: Inhaber Diözese Linz (Alleininhaber)
 Herausgeber und Verleger: Sozialreferat, Pastoralamt der Diözese Linz
 Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz, Telefon: (0732) 76 10-32 51
 E-Mail: sozialreferat@dioezese-linz.at
www.dioezese-linz.at/soziales
 Hersteller: kb-offset Kroiss & Bichler GmbH & CoKG, Römerweg 1, 4844 Regau
 Verlagsort Linz, Verlagspostamt 4020 Linz/Donau
 Erscheinungsort Linz, P.b.b. GZ 02Z031665 M

Katholische Kirche
 in Oberösterreich